

Wir wollen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen

Voraussichtlich diese Woche wird der Menschenrechtsrat in Genf Stellung zu den Folgemaßnahmen zu einem Entwurf einer Erklärung über die Rechte von Kleinbäuerinnen/Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten, beziehen. Die Erklärung wird seit 2013 in einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe verhandelt, teilweise in einer angespannten Atmosphäre. Sie tritt nun in eine entscheidende Phase ein.

Am 3. Juli nahm das Europäische Parlament mit einer großen Mehrheit von 534 zu 71 Stimmen (bei 73 Enthaltungen) eine Resolution an, in der die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert wurden, den Entwurf der Erklärung über die Rechte der Kleinbäuerinnen/Kleinbauern und anderer Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten, zu unterstützen. Hiermit wiederholen wir diesen Aufruf.

Auf der ganzen Welt sind Bauern und Bäuerinnen mit Bodenspekulationen und Landnahme konfrontiert. Landwirt*innen, die ein Glied in dominierenden Agrar- und Lebensmittelketten sind, sind zunehmender Konzentration ausgesetzt - sowohl in den Agrochemie- und Saatgutsektoren, die landwirtschaftliche Produktionsmittel liefern, als auch in der Lebensmittelverarbeitungsindustrie und im Handel, die die Ernten kaufen. Eine wachsende Zahl von Menschen ist von dieser Entwicklung betroffen. Ihre Handlungsmöglichkeiten werden einerseits durch unpassende Vorschriften eingeschränkt, weil diese für die industrielle Landwirtschaft konzipiert worden sind. Andererseits werden sie durch ein Subventionssystem vom Markt gedrängt, das die größten Betriebe begünstigt. Diesen Bauern und Bäuerinnen wird klar gemacht, dass ihre Höfe wachsen oder weichen müssen. In Europa sind in den letzten dreißig Jahren zwei Drittel der Betriebe verschwunden. Von ihrem Einkommen können Kleinbauern und Kleinbäuerinnen kaum überleben. Die herkömmliche Landwirtschaft stirbt aus.

Das kann nicht so weitergehen. Es geht hier nicht um die Verteidigung unternehmerischer Interessen eines Berufsstandes. Es geht darum, ein bestimmtes Agrarmodell zu verteidigen, dessen geplantes Verschwinden wir nicht akzeptieren. Es ist die bäuerliche Landwirtschaft, die zur Erhaltung der Biodiversität auf unseren Feldern beiträgt und die Bodengesundheit am besten erhält, und zwar durch agrarökologische Praktiken, die die Vielfalt fördern und eine bessere Kohlenstoffspeicherung ermöglichen: Während wir behaupten, gegen die Erosion der biologischen Vielfalt anzukämpfen und den Klimawandel zu bremsen, wäre es unverständlich, wenn wir akzeptieren würden, dass nur industrielle Monokulturen, die unsere Landschaft in Wüsten verwandeln, überleben und die Zukunft unserer Länder bestimmen. Die bäuerliche Landwirtschaft trägt am besten zur Entwicklung der ländlichen Gebiete und zur Bekämpfung ihrer Entvölkerung bei: sie ist eine bisher ungenutzte Quelle für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Und was für die europäischen Länder gilt, gilt auch für die Entwicklungsländer. Die überwiegende Mehrheit der Armen und Hungernden lebt in ländlichen Gebieten und wirtschaftet in Form von "Familienbetrieben", die durch jahrzehntelange Förderung der Exportlandwirtschaft langsam dezimiert wird. Die verdrängten Bauern und Bäuerinnen fliehen in die Städte, an deren Rand sie unter prekären Bedingungen leben werden.

Wovor haben wir Angst? Dass die Erklärung über die Rechte von Bauern/Bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten, "neue" Rechte verankert? Das Wesentliche ihres Inhalts, basiert auf Zusicherungen, die bereits an anderer Stelle gemacht wurden, sei es in internationalen Menschenrechtsinstrumenten oder in weniger bekannten Texten der FAO: Die Erklärung wird nur das, was bereits vorhanden ist, besser sichtbar machen.

Oder fürchten wir den Bezug auf Agrarreform und das "Recht auf Land"? Die im November 2009 von den 60 Staats- und Regierungschefs und 192 Ministern aus 182 Ländern sowie von der Europäischen Union angenommene „Erklärung von Rom zur Ernährungssicherheit“

verpflichtet die Regierungen bereits, "rechtliche und andere Mechanismen zu schaffen,....., die Agrarreformen vorantreiben, die Eigentumsrechte, den Zugang zu Wasser und Nutzung anerkennen und schützen, um den Zugang zu Ressourcen für Arme und Frauen zu verbessern" (Erklärung von Rom über Ernährungssicherheit (2009), Ziel 1.2). Und ein internationaler Vertrag, der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, betont die Agrarreform als Mittel zur Gewährleistung "des Grundrechts eines jeden, frei von Hunger zu sein" und "die bestmögliche Entwicklung und Nutzung der natürlichen Ressourcen zu gewährleisten": Kleine und mittlere Betriebe sind die produktivsten pro Hektar und die besten Voraussetzungen für eine effiziente Nutzung der Ressourcen.

Haben wir Angst vor dem Bezug auf die Ernährungssouveränität, die erstmals vor mehr als zwanzig Jahren von la Via Campesina gefordert wurde, der internationalen Kleinbauernbewegung? Sie hat heute 200 Millionen Mitglieder wird inzwischen von vielen sozialen Bewegungen unterstützt. In der „Erklärung von Rom zur Ernährungssicherheit“ selbst wird die Notwendigkeit anerkannt, "die Produktion und Verwendung von kulturell angemessenen, traditionellen und nicht ausreichend genutzten Nahrungsmitteln" zu fördern (Ziel 2.3). Und alle Expert*innen, die sich mit den Ursachen von Hunger und Unterernährung beschäftigt haben, wissen das genau: Es ist die fast ausschließliche Priorität der Produktion für den Markt, die armen Ländern auferlegt wird, damit diese Länder ihrer Auslandsschulden tilgen können, die die Hauptursache für die Armut auf dem Land darstellen. Eine Kursänderung ist möglich, aber das bedeutet eine Rückverlagerung der Nahrungsmittelsysteme und die Beteiligung der Bauern und Bäuerinnen an den Entscheidungen der sie betreffenden Politiken: Der Ausdruck Ernährungssouveränität bedeutet nichts anderes.

Durch die Unterstützung der Erklärung über die Rechte von Bauern/Bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten, wird die Europäische Union im Einklang mit der Geschichte stehen. Es wird den Erwartungen eines Großteils der öffentlichen Meinung entsprechen. Sie wird in Übereinstimmung mit den Werten handeln, denen sie sich bei der Gestaltung ihrer Außenbeziehungen verpflichtet hat: "nachhaltige Entwicklung der Erde", "Beseitigung der Armut" und "Schutz der Menschenrechte". Das sind nicht nur Worte: Sie erfordern Taten. Ihre Zeit ist gekommen.

Olivier De Schutter, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung (2008-2014), 26.09.2018

Unterstützt von:

Matthieu Ricard, Moine bouddhiste tibétain et docteur en génétique cellulaire, Frankreich

Dacian Ciolos, ehemaliger European Commissioner for Agriculture (2010-2014), Rumänien

Ugo Mattei, Professor of Civil Law in the University of Turin, Italien

Jean-Pascal van Ypersele, Professor der Université Catholique de Louvain and former Vice-president (2008-2015) des Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC, Belgien

Jan Douwe van der Ploeg, Professor Emeritus der Universität Wageningen, Niederlande

Franz Segbers, Professor an der Universität Marburg, Deutschland

Nico Krisch, Professor at the Graduate Institute for International and Development Studies, Schweiz

José Esquinas, Professor an verschiedenen Europäischen Universitäten und ehemaliger FAO Direktor, Spanien

Raj Patel, Professor an der Universität Texas, USA

Eric Corijn, Professor an der Freien Universität Brüssel (VUB-Cosmopolis), Belgien

Marjolein Visser, Professorin an der Freien Universität Brüssel ((ULB), Belgien

Jean Jouzel, Klimaforscher und EESC-Mitglied, Frankreich

Remo Klinger, Professor und Rechtsanwalt, Geulen & Klinger Rechtsanwälte, Deutschland

Hanns Wienold, Professor an der Universität Münster, Deutschland

Maria Müller-Lindenlauf, Professorin an der Hochschule Nürtingen-Geislingen, Institut für angewandte Agrarforschung, Deutschland

Michael Krennerich, Vorsitzender des Nürnberger Menschenrechtszentrum, Deutschland

Christine von Weizsäcker, Präsidentin von Ecoropa, Deutschland

Friederike Diaby-Pentzlin, Professorin an der Hochschule Wismar, Deutschland

Brigitter Fahrenhorst, Professorin an der Technischen Universität Berlin, Deutschland

Philippe De Leener, Professor an der Katholischen Universität Leuven, Belgien

Brigitte Hamm, Wissenschaftlerin an der Universität Duisburg –Essen, Deutschland